**Entlassung aus dem Dienst — Übersiedlungserwägungen —
Gefängnisstrafe!**

*Urteil des Bezirksgerichts Dresden
vom 7. November 1958
— 2 BSB 612/58 — KI 500/58 -
S 434/58 Görlitz*

.....
*Wegen gemeinsamer Vorbereitung des Verlassens der DDR
ohne erforderliche Genehmigung werden gemäß § 8 Abs. 1
und 3 des Paßgesetzes in der Fassung vom 11. 12. 1957 § 47
StGB verurteilt:*

*Der Angeklagte O. J. zu
6 — sechs — Monaten Gefängnis,
die Angeklagte M. J. zu
4 — vier — Monaten Gefängnis.*

.....

Aus den Gründen:

Das Kreisgericht hatte den Angeklagten zu 10 Monaten Gefängnis und die Angeklagte zu 8 Monaten Gefängnis wegen gemeinsamer versuchter Republikflucht verurteilt.

In den Urteilsgründen ist dazu im wesentlichen folgendes ausgeführt worden:

Die Angeklagten sind Eheleute. Der Angeklagte ist 50 Jahre und die Angeklagte 49 Jahre alt. Beide stammen aus Arbeiterkreisen. ...

Im November 1957 verließ der jüngste Sohn illegal die DDR. Er lebt seitdem in Westdeutschland. Dem Angeklagten wurde aus diesem Grunde für den 31. 12. 1958 seine Stellung gekündigt, da sein Verbleiben als leitender Funktionär im Staatsapparat nicht mehr möglich war. Die Kündigung mußte erfolgen, obwohl seine fachlichen Leistungen nicht zu beanstanden waren. Gegen die Kündigung hatte der Angeklagte Einspruch erhoben.

Am 13. Juli 1958 war der ältere Sohn, der in Berlin an der Ingenieurschule für Bauwesen studiert und die Abschlußprüfung zu dieser Zeit abgelegt hatte, bei den Eltern zu Besuch. Er wohnte in Berlin-Niederschöneweide möbliert. Nach Abschluß der Prüfung wollte er als Jung-